Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Dienstag und Sonnabend ★ Bezugspreis halbmonatlich für die Woche 1 Mark, monatlich 2 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Zeitschriftstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 295. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 4—5 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 253 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 31 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 91 Goldpfennige für die Reklamezeile auf Textseiten ★ an den vorgeschriebenen Erscheinungstagen ★ Anzeigen sind vorher bis 4 Uhr nachmittags aufzugeben.

1. Jahrgang — Sonnabend, 6. Juni 1925 — Nummer 45

Die Forderungen der Entente

Die Hindenburg-Regierung unterwirft sich!

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Note der Entente an die Reichsregierung besagt, daß Verstöße der deutschen Regierung gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags festgestellt wurden. Der Grundgedanke aller dieser deutschen Verstöße sei von deutscher Seite die Bestrebung,

die Vorbedingungen für die Wiederaufstellung eines einheitlichen, großen Heeres zu schaffen.

Die Verstöße stellen den wesentlichen Beweis für die Nichterfüllung des Vertrages durch Deutschland dar. Stellt Deutschland die Verstöße in kurzer Frist ab, so soll **die Räumung der ersten Besatzungszone erfolgen**, die militärische Kontrollkommission abberufen werden und an deren Stelle **die Kontrolle des Völkerbundes treten.** Die wesentlichen Verstöße werden

in der Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr, die militärische Ausbildung der nationalen Verbände und die Begünstigung des Ausbaues gewisser Maschinenanlagen in den Fabriken hervorgehoben.

Die Polizei, die die vorgeschriebene Stärke von 150 000 Mann um 30 000 Mann überschritten hat, hat diese 30 000 Polizeibeamten abzubauen. Die Ausbildung der Polizei soll **keinen gemeinschaftlichen militärischen Charakter tragen.** Die Beamten sind auf Lebenszeit anzustellen.

Jede Erhöhung der Polizeibestände durch Hilfspolizei und Freiwillige ist untersagt.

Die Zentralleitung der Polizei soll aufgehoben werden und an die Kommunalverwaltungen übergehen. Wenn die Reichsregierung alle diese Maßnahmen durchführt, ist die Entente bereit, in großen Industriestädten eine Staatspolizei in der Stärke von 150 000 Mann zuzulassen. Die Städte wird die Entente bestimmen, sie **wird auch die Stärke der Polizei angeben, die in diesen Industriestädten untergebracht werden dürfen.** Bestimmungen zur Durchführung der Gesetze und Verordnungen müssen der interalliierten Militärkommission vorgelegt werden. Nach ihrer Genehmigung sollen sie in Kraft treten. Es wird Zerstörung der Maschinen in den Fabriken und Werkstätten in Spandau, Hanau und **Haselhorst** gefordert, sowie bei **Krupp** in **Essen**. Die Bestände an Waffen sind herabzusetzen bzw. zu vernichten. **Die Stahlhelme der Staatspolizei sind abzuliefern.** Die Reichswehr darf einen gewissen **Vorrat an Gasmasken haben**, dessen Höhe die Kontrollkommission festsetzt.

Die Befugnisse des Oberbefehlshabers des Chefs der Heeresleitung werden herabgesetzt.

Der Oberste Generalstab ist aufzulösen. Gesetze und Verordnungen müssen erlassen werden, die von der Militärkommission vorher genehmigt werden müssen. Hierzu kommen noch verschiedene andere Maßnahmen.

Die Monarchisten erfüllen!

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kabinettssitzung hat sich mit der Entente-Note befaßt. Entscheidende Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Die Regierung läßt nach einigen Bemerkungen „erhobener Abwehr" durchblicken, was sie im großen und ganzen in der Note gegenüber den früheren Auslassungen der alliierten Regierungen erblickt. Es sei zu begrüßen, daß die Entente die Verpflichtungen der Räumung einhalten wolle. Die Hindenburg-Regierung, die sich als erste nationale Regierung seit 1918 bezeichnete, erhebt einige Erfolge darin, daß sich die Alliierten auf die Räumung festlegen. Die Regierung gibt die Beseitigung aller Rückstände gegenüber den Verpflichtungen zu und erklärt ausdrücklich, daß sie gewillt ist, den Verpflichtungen getreulich nachzukommen. Bereits heute kann gesagt werden, daß die Hindenburg-Regierung an Unterwürfigkeit gegenüber der Entente in nichts zurückstehen wird.

Zum Krach im Stinneskonzern

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stinneskonzern wurde von den Banken durch Kreditkündigungen zur Aufdeckung seiner Karten gezwungen. Die Androhung von Kreditsperre zwang dem Stinnesprogramm erhebliche Einschränkungen seiner Interessen auf. Es handelt sich insbesondere um einen Vorstoß des Finanzkapitals. Die Konzentrik zeigt die Stärke der aktuellen inneren Wirtschaftskrise an, verhärtet durch die internationale Abwehrkrise. Der unorganisierte, überbaute Konzern verschlimmerte seine Lage durch Fehler. Er stieß in der Deflationszeit nicht ab, sondern verbaute seine Mittel weiter, was bei Abwehrkrisen besonders katastrophal ist. Eine Sanierung auf Kosten von Ueberproduktion im inneren Lande ist infolge der Schwäche des Inlandsmarktes unmöglich. Der Dollar scheint gegen den Stinneskonzern jetzt gewirkt zu haben, worauf die Kreditverweigerung Amerikas und die Beteiligung von überfremdeten Banken an der Sanierung hinweist. Die Reichsbank soll jetzt Steuergroschen zur Sanierung des Stinneskonzerns liefern. Die Forderung der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen diesen Versuch der Sanierung durch Steuergelder muß sein zur Kontrolle der Produktion.

Die Kurse fallen

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) An der Börse sind die Kurse aller zum Stinneskonzern gehörenden Aktien um 2—5 Prozent zurückgegangen.

Schiedsspruch in der nordwestlichen deutschen Eisen- und Metallindustrie

Dortmund, 5. Juni. Im Lohnstreit der Hochofenbetriebe der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde heute unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich folgender Schiedsspruch gefällt: Die Lohngrundlagen der in achtstündiger Schicht Arbeitenden (Tarif- und Grundlohn, Akkord- und Prämienlöhne) ist vom 1. Juni 1925 an in dem Maße verhältnismäßig zu erhöhen, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Die Erklärungsfrist läuft bis 12. Juni 1925. — Die Unternehmervertreter erklärten zu Protokoll, daß sie die Rechtmäßigkeit des Schiedsverfahrens bestreiten.

Reichsbanner-Ovationen für Hindenburg

Der „Kampfgeist" des Reichsbanners gegen Hindenburg ist seit dem Amtsantritt Hindenburgs vollständig verflogen. Keine Spur mehr vom Kampf gegen die Monarchie. Im Gegenteil. **Das Reichsbanner gliedert sich in die Hindenburg-Front** ein. Beweise für diese Tatsache liegen aus letzter Zeit zur Genüge vor. Als neueste Heldentat des Reichsbanners meldet die „Germania" aus **München, daß das Reichsbanner Aschaffenburg am Tage seiner Bannerweihe an den Reichspräsidenten Hindenburg ein Begrüßungstelegramm geschickt hat.** Hindenburg hat sofort erkannt, daß das Reichsbanner in der Front von Stahlhelm und Wehrwolf gegen die Arbeiterklasse und gegen Sowjetrußland eine sehr brauchbare Prätorianergarde ist. Deshalb hat im Auftrage Hindenburgs der Staatssekretär Meißner an den Vorsitzenden des Reichsbanners ein Schreiben gerichtet, in welchem der Reichspräsident dem Reichsbanner seine Anerkennung ausspricht.

Die Proletarier im Reichsbanner sehen auch aus diesem Vorfall, welcher Kurs eingeschlagen wird. Wer den Kampf gegen die monarchistische Gefahr ernsthaft führen will, muß deshalb das Reichsbanner verlassen. Von allen Frontsoldaten-Organisationen ist nur der Rote Frontkämpferbund als eine entschlossene, zielbewußte, antimonarchistische Organisation anzusprechen. Deshalb gehört jeder Arbeiter in die Reihen der Roten Frontkämpfer!

Lieber zehnmal mit den Kapitalisten als einmal mit den Arbeitern!

In der Gemeinde Wilhelmsburg, die eine starke Arbeiterwehrheit hat (8 SPD., 6 KPD., 2 proletarische Mietervertreter und 9 Bürgerliche), hat die SPD. einen Demokraten zur Bürgermeisterwahl als ihren Kandidaten nominiert. Trotz der Bereitwilligkeit der Kommunisten, auf einen eigenen Kandidaten zugunsten eines sozialdemokratischen zu verzichten, falls sich dieser verpflichten würde, die kommunistischen Anträge zur Linderung der Erwerbslosennot, dem Wohnungsbauskandal und zur Entfernung der monarchistischen Beamten der Gemeinde zu akzeptieren, lehnten die SPD.-Leute höhnisch ab, weil sie dann, weil sie erklärten, in Abhängigkeit der Kommunisten geraten würden. Ueber die Abhängigkeit der SPD. vom Bürgertum und die Preisgabe der einflußreichen Bürgermeisterstelle zugunsten eines Bourgeoisvertreters herrscht in Wilhelmsburg unter den Arbeitern große Empörung. Die Kommunisten sehen sich nun gezwungen, einen eigenen Kandidaten, den Genossen Strößel, M. d. R., aufzustellen.

Neuer Kampfgenosse

Breslau, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am 2. Juni erschien die erste Nummer des „Berg-Echo", Organ der KPD. für das Nieder- und Mittelschlesische Bergrevier.

Dem neuen Mitstreiter für Lenin unsere besten Kampfesgrüße.

Ein „wissenschaftliches" Manöver

Berlin, 1. Juni. (Telunion.) Das Berliner Tageblatt meldet aus London: Der englische Generalstab trifft große Vorbereitungen für das kommende erste Manöver eines wissenschaftlichen Krieges. Zwischen 40—50 000 Truppen werden daran teilnehmen und jede erdenkliche wissenschaftliche Waffe soll bei dem Manöver ausprobiert werden. Frankreich wird durch Oberst Petain und General Debeney vertreten sein. Die Manöver sollen Mitte August beginnen und bis Ende Dezember dauern.

Die Ernennung des Gen. Trotzki

Der Rat der Volkskommissare hat, wie wir der „Prawda" vom 28. Mai entnehmen, den Genossen Trotzki zum Vorsitzenden des Hauptkonzessionskomitees und zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Wirtschaftsrates der Sowjetunion ernannt.

Entwaffnungsnote, Marokko und die „nationale" deutsche Politik

Ein Wort an diejenigen, die Hindenburg gewählt haben

Viele Tausende derjenigen, welche bei der Präsidentenwahl ihre Stimme für Hindenburg abgegeben haben, haben das getan, weil sie sich vorgestellt haben, daß unter Hindenburg Deutschland eine „nationalere" Politik machen würde als unter Ebert.

Die Ereignisse seit der Wahl sollten jedem dieser Wähler die Augen öffnen.

Was ist überhaupt „nationale" Politik?

Diejenigen, welche ein Interesse daran haben, den Volksmassen die Köpfe zu verdrehen, antworten: eine Politik, die Deutschlands Würde wahrt.

Jetzt aber kommt die Probe aufs Exempel. Die neue Entwaffnungsnote der Entente schert sich nicht im geringsten um die „Würde" Deutschlands. Sie verlangt klipp und klar Dinge, die mit dieser „Würde" niemals in Einklang gebracht werden können.

Trotzdem wird die „nationale" Regierung Luther selbstverständlich alles schlucken, worauf die vereinigten Ententeräuber bestehen werden, und der „nationale" Präsident Hindenburg wird zu allem seine Zustimmung geben, was die Entente durchsetzen will.

Oder gibt es einen Menschen mit gesundem Verstand, welcher anderer Ansicht ist? Schmollen, papierne Proteste, „flammende" Reden — das ist alles billig wie Brombeeren. Aber wenn die Ententeräuber es verlangen werden, wird Herr v. Graefe ebenso kuschen wie Luther.

Aber haben nicht die Zeitungen der Rechtsparteien hunderte von Malen geschrieben, Hindenburg sei für England und Amerika ein sehr angenehmer Präsident? Und trotzdem diese demütigende Note?

Aber haben nicht alle „linken" Politiker hunderte von Malen geschrieben, wenn Deutschland Erfüllungspolitik triebe, dann würde es gut und anständig behandelt? Und, trotzdem Deutschland mit Hindenburg ebenso Erfüllungspolitik macht wie mit Ebert, diese demütigende Note?

Nur wir Kommunisten haben vorher gesagt: ob mit, ob ohne Hindenburg, das kapitalistische Deutschland kann nur die hündische, kriecherische Politik einer unterworfenen Kolonie machen und, mag Chamberlain heute noch so freundlich tun, schon morgen kann er seinen deutschen Stiefelputzern, den „national" Außenpolitikern, hohnlachend einen Tritt geben.

Es ist richtig, daß Hindenburg ein von den Reaktionären in England wie in Amerika gern gesehener Kandidat war. England will und wird unter Umständen seine Kolonie Deutschland gegen seinen imperialistischen Gegner Frankreich ausnutzen, und dazu sind ihm die deutschen Nationalisten mit Hindenburg an der Spitze gerade gut genug. Als Kanonenfutter für Britannicus Vorteile schützt jeder englische Imperialist die deutsche Bevölkerung, genau wie im Siebenjährigen Kriege, der ein Krieg zum Vorteil Englands und zur Schwächung Frankreichs war, und genau wie in den „Freiheitskriegen" 1812 bis 1815, die England von seinem Todfeind, dem napoleonischen Frankreich, befreiten.

Aber um der schönen Augen des Herrn Stresemann oder um des würdigen Alters Hindenburgs willen wird England nichts tun, und ein Narr ist derjenige, der geglaubt hat, die Dawes-Kolonie werde an England der konservativen Regierung Baldwin-Chamberlain einen festen Rückhalt gegen französische Angriffe haben.

Die neue Entwaffnungsnote ist ein Sieg des französischen Imperialismus, und diesen Sieg, der kein voller Sieg ist, hat Frankreich in Marokko erfochten.

Wir Kommunisten zeichnen uns vor allen anderen Politikern dadurch aus, daß wir Politik nicht aus der Froschperspektive machen.

Die Froschteichpolitiker fragen: was hat der Marokkokrieg mit der Entwaffnungsnote zu tun?

Wir antworten: Indem Frankreich in Marokko die Rifkabylen angreift, droht es, die 1911 und 1912 abgeschlossenen Konventionen über die Einteilung Marokkos in „Zonen" umzuwerfen, droht es, an die Mittelmeerküste und die atlantische Küste Marokkos vorzudringen, droht es, die Kontrolle Englands über die für England lebenswichtige Straße von Gibraltar zu gefährden. Und England, das zu einem Krieg mit Frankreich noch nicht bereit ist, ist so gezwungen, mit Frankreich sich zu einigen. Diese Einigung — für kurze oder für längere Zeit, das wissen wir nicht — findet ihren Ausdruck beispielsweise in der Entwaffnungsnote an Deutschland. **Auf dem Rücken des deutschen Volkes tragen die großen Räuber ihre Differenzen aus, und die „nationale" Politik der gesamten deutschen Bourgeoisie, gleichgültig, ob mit Ebert oder mit Hindenburg an der Spitze, besteht lediglich darin, den Räubern kriechend den Stiefel zu lecken und die werktätigen deutschen Volksmassen noch mehr auszupressen durch Steuern, Hungerlöhne und -gehälter, Zölle, Mietwucher und gesteigerte Preise, sowie Eisenbahntarife.**